NR. 865/2013 | 22. Juli 2013

presse

Abschaffung des Soli wäre Klientelpolitik

Zu den FDP-Forderungen nach Abschaffung des Solidaritätszuschlags erklärt der finanzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Lothar Binding:

Nachdem die schwarz-gelbe Bundesregierung in ihren letzten vier Jahren 100 Milliarden Euro Schulden gemacht hat, ist es schwer die Wähler noch zu erschrecken. Mit ihrer Forderung nach Abschaffung des Solidaritätszuschlags setzt die FDP diese Politik auf Pump ungeniert fort. Das Einnahmeloch, welches der Wegfall des Solidaritätszuschlags reißen würde, wäre im Bundeshaushalt keinesfalls zu verkraften. Die Folge wären abrupte Einschnitte auf der Ausgabenseite oder Steuererhöhungen an anderer Stelle. Von der Steuerentlastung würden vor allem Bezieher hoher Einkommen profitieren. Gering- und Durchschnittsverdiener hätten von der Abschaffung dagegen kaum etwas.

Die Abschaffung des Solidaritätszuschlag wäre somit nichts anderes als Klientelpolitik zu Lasten des Gemeinwesens.

IMPRESSUM
HERAUSGEBER THOMAS OPPERMANN, MDB **REDAKTION** JOHANNES SCHWARZ
TELEFON (030) 227-522 82 / (030) 227-511 18
E-MAIL PRESSE@SPDFRAKTION.DE

TEXT KANN IM INTERNET UNTER **WWW.SPDFRAKTION.DE** ABGERUFEN WERDEN.

SPD BUNDESTAGSFRAKTION